

Solidarität

unsere Chance

Nummer 129

Oktober 2016

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at Web: <http://prosv.akis.at>

Zum Budget des Finanzministers:



Großangelegter Sozialraub

Die wahren Verursacher von Budgetdefizit, Schulden, oder Sozialabbau sind nicht Flüchtlinge, Arbeitslose, Mindestsicherungsbezieher oder Pensionisten wie uns eingeredet werden soll, sondern die Steuerflüchtlinge: Hochfinanz, Banken, Versicherungen, Reiche, Konzerne, Unternehmer!

„Vertrauen ist die wichtigste Währung. Mit dem Budget zahlen wir ein auf das Konto des Vertrauens“, so Finanzminister Schelling zu Beginn seiner Budgetrede (Ö1 Mittagsjournal, 12.10.16). Doch können wir seinen Worten trauen? Wessen Konten Vertrauter ist der Finanzminister, ist die Regierung

tatsächlich? Auf wessen Konto zahlen wir über das Budget, das der Finanzminister umverteilt, wirklich ein?

Schelling sagte auch, dass er auf das Geld der Österreicher und Österreicherinnen aufpassen müsse und daher nichts zu verteilen habe, weil z.B. alleine „Flüchtlinge zwei Milliarden“ kosten würden, aber auch Arbeitslosigkeit, Mindestsicherung oder Pensionen zu teuer kämen.

Während der Mindestsicherungsbezug gerade gekürzt wird, Schelling auch für noch mehr Kürzungen bei Arbeitslosen ist und der Pensionszuschuss aus dem Budget 2016 um 500 Millionen und 2017 um 600 Millionen Euro sinkt,

werden 1,3 Milliarden für Inneres (Polizei) und Verteidigung (Heer) bereitgestellt. Aufrüstung statt sozialer Sicherheit.

„Sparen“ für die Reichen

Allein das österreichische „Bankenpaket“, also die Abgeltung der Spekulationsverluste der Banken, hat den Schuldenstand des Bundes laut den Berechnungen des Fiskalrates um 35,7 Milliarden Euro erhöht! (Wiener Zeitung, 13.10.16)

Das ist fast **die Hälfte des Gesamtbudgets von 77,45 Milliarden für 2017! Das heißt: 35,7 Milliarden Schulden für die superreichen Spekulationsflüchtlinge stehen zwei Milliarden (in Wirklichkeit 1,5**

Milliarden Euro, weil der Finanzminister auch Heer und Polizei mit einrechnet) **für echt bedürftige Flüchtlinge gegenüber, das sind 2% des Gesamtbudgets.**

Die wirklich teuren Flüchtigen sind die Reichen, Konzerne und große Kapitalien, die Spekulanten, die mit ihren Helfershelfern, den Fonds, Banken, Anlageberater usw. Steuer-Schlupflöcher nutzen, in Steueroasen flüchten oder die Regierungen durch Lobbying zur Finanzierung der Bankenverluste bringen.



Gewinner der Heta-Lösung

Ablenkung vom wahren Milliardengrab

Durch die „Abwicklung“ Hypo-Alpe-Adria (Heta), werden die Steuerzahler, wird die Masse der Bevölkerung, weil bekanntlich die Reichen und Konzerne durch legale und illegale Tricks kaum Steuern zahlen, letztlich um rund 20 Milliarden Euro beraubt.

„Wir haben unseren guten Ruf wiederhergestellt“, sagte der Finanzminister zur „Hypo-Alpe-Adria/Heta-Lösung“. Ja, bei den Kapitalisten ist der Ruf einigermaßen intakt. Bei den arbeitenden Menschen ist der Vertrauensverlust berechtigterweise riesengroß und wird jeden Tag größer.

Klarerweise wird das Kapital von der offenen Unternehmerpartei ÖVP nicht zur Kasse gebeten. Aber auch die unter Bundeskanzler Kern sich angeblich wieder als „links“ verstehende SPÖ tut nichts dergleichen – im Gegenteil.

Die Grünen wiederum fordern aus der Hypo-Pleite nur mehr ein Insolvenzrecht auch für Bundesländer, aber keine Schadloshaltung bei den schwerreichen Hypo-Heta-„Gläubigern“.

Die durch die „Aufarbeitung“ der Hypo-Spekulations-Pleite bekannt gewordene Hypo-Kommissions-Vorsitzende Griss stellte zwar ein „multiples Organversagen“ fest, dass „alle“ schuld sind. Das hatte zur Folge, dass am Ende keiner mehr schuld war und keine Konsequenzen auf „höherer Ebene“ folgten. Frau Griss aber, nachdem sie niemandem da oben wirklich weh getan hatte, stieg ebenfalls ins Politgeschäft um Bundespräsident oder Nationalrat ein.

Bleibt die Haupt-Verursacherin und Beförderin der Hypo-Alpe-Adria-Spekulationen samt Pleite, die FP: Durch das Verhalten der oben beschriebenen Polit-Akteure – um jeden Preis das Kapital, die Banken, die Spekulanten zu schützen, ging die FP praktisch politisch verschont aus dem 20-Milliarden-Debakel auf Kosten der Steuerzahler hervor. Frech spielt sie sich mehr denn je als „Anwalt der kleinen Leute“ auf, obwohl sie z.B. bei allen Gesetzen im Nationalrat, wo es um Soziales für die arbeitenden Menschen geht, für die Reichen und gegen die Arbeitenden stimmt. So wie die FP es schon unter Schwarz-Blau von 2000 – 2006, oder in Kärnten mit Hypo-Pleite bis zur Abwahl tat und gerade jetzt unter Schwarz-Blau in Oberösterreich weiter tut.

Wer zahlt, wer profitiert?

Die Bevölkerung wird großangelegt hinter das Licht geführt. Die Masse der arbeitenden Menschen schafft durch ihre tagtägliche tätige Arbeit reale Werte in der Wirtschaft. Sie finanzieren über Lohn-, Ein-

kommens- und Mehrwertsteuer, über Abgaben und Gebühren rund 80% der Staatseinnahmen. Sie werden vom Finanzminister verhöhnt, von der Regierung im Auftrag von Banken und Konzernen geschöpft und Schritt für Schritt enteignet. „Sparmeister“ Schelling nimmt von unten und gibt nach oben an die Reichen und Konzerne, zur Aufrechterhaltung, Absicherung ihrer Profite oder Tilgung ihrer Verlust- und Spekulationsgeschäfte. Gewerkschaften und Opposition protestieren zwar, spielen letztlich aber mit.



Die Geldleute reiben sich die Hände

Die Lohn- und Gehaltserhöhungen verdienen den Namen nicht, weil sie weit unter der realen Inflationsrate von 3% bis 7% liegen.

Durch die Mini-, Null-, oder Minuszinspolitik haben die Sparer allein seit 2010 rund 17,4 Milliarden Euro an Kaufkraft verloren (lt. Bank-Austria, Wiener Zeitung, 11.10.16).

Die Steuerreform im angeblichen Umfang von rund 5 Milliarden Euro hat da nicht einmal ein Drittel den arbeitenden Menschen zurückgebracht.

Man sieht also, wer in Wirklichkeit die Probleme und Kosten verursacht: nicht die arbeitenden Menschen, denen nimmt man nur. Verursacher der Probleme und Kosten sind die Profit- und Spekulationswirtschaft, Krisen und Kriege der Herrschenden zur Absicherung eben dieser Profite.

Schluss damit – wer zahlt, muss auch das Sagen haben!

CETA:

SP-Kerns Umfaller spielt Großkonzernen und FP in die Hände

SPÖ-Kanzler Kern hatte – ebenso wie sein Vorgänger Faymann – nie vor, gegen CETA zu stimmen.

Aufgeschreckt durch die von sechs SPÖ-Bürgermeistern beantragte Einleitung eines Volksbegehrens (VB) gegen TTIP und CETA (40.000 Erstunterstützer; VB-Eintragungswoche Ende Jänner 2017) ließ die SPÖ-Spitze eine „Mitgliederbefragung“ durchführen, die zu 88% ein Nein zu CETA ergab. Die Fragen ließen eine recht freie Interpretation zu.

Damit wollte und will die SP-Spitze vom eindeutig gegen CETA gerichteten Basis-Volksbegehren der SPÖ-Bürgermeister ablenken, sich die Hintertür für das letztlich erfolgte „JA, aber“ offenhalten. Und vor allem: vor Jänner 2017, vor der Volksbegehrens-Eintragungswoche, vollendete Tatsachen schaffen. Denn die Industrie drängt und die SPÖVP-Regierung setzt darauf, dass CETA von allen EU-Staaten recht bald unterzeichnet wird. Dann, so Überlegungen, würden von den drei Übergangs-„Bundespräsidenten“ (SP-Bures, VP-Kopf, FP-Hofer), zwei (Bures und Kopf), CETA gegenzeichnen und somit in Kraft setzen.

Wichtige Rolle der Gewerkschaften

Die Gewerkschaften, am stärksten die der Privatangestellten, aber auch der ÖGB, sahen sich aufgrund der berechtigten Ängste und Ablehnung in der Bevölkerung gezwungen, kein Ja zu CETA zu sagen.

Doch das passive Nein der Gewerkschaften wird ohne Kampf, ohne



Aufruf und Organisation der Gewerkschaften zu aktivem Protest und Widerstand ohne Folgen bleiben. Das JA der Bundesregierung wird den österreichischen arbeitenden Menschen noch teuer zu stehen kommen. Organisieren die Gewerkschaften nicht zu aktivem Widerstand, sind sie dafür mitverantwortlich.

Diese Vorgangsweise von Schwarz-Rot, im Interesse der EU-Diktatur der Konzerne ein CETA-Ja durchzudrücken, die passive Neinhaltung der Gewerkschaften, also die Duldung des Regierungs-Ja, befreit Van der Bellen davon, einmal echt Farbe zu bekennen und ermöglicht Hofer weiter gegen CETA sein zu können, ohne den Beweis antreten zu brauchen.

So macht man erst recht vor allem die Rechten groß, die vorgeben, die Eliten vor sich herzutreiben oder gegen die EU zu sein. Wenn aber die Interessen des Kapitals betroffen sind, zieht natürlich auch die FP den Schwanz ein. Nach dem Treffen von Kern/Doskozil mit Strache/Hofer

im Sommer, nachdem Kern von seinem Besuch bei Merkel in Berlin nach der Brexit-Abstimmung zurückkehrte, ist die FP jetzt nicht mehr für den Öxit solange das deutsche Kapital und seine österreichischen Zulieferkapitalisten noch an der EU festhalten. Trotzdem geht die FP wegen der verschobenen Bundespräsidenten-Wahlwiederholung damit natürlich auf Wählerfang. Ähnlich verfährt die FP bei CETA.

Daher:

- **Die Gewerkschaften müssen aktiven Widerstand gegen CETA organisieren**
- **Das Volksbegehren der SPÖ-Bürgermeister gegen CETA und TTIP voll propagieren und unterstützen**
- **CETA-Ablehnung von links – hilft gegen Großkonzerne, Ausbeutung Sozialabbau und FP**

(Hintergrundinfos zu CETA siehe: www.atomgegner.at / Aussendungen / Oktober 2016)

Deckmantel für Kriegsteilnahme

SP-Minister Doskozil plant, dass Österreichs Bundesheer noch mehr als schon bisher im Ausland zum Einsatz kommt. Er will das Bundesheer „professionalisieren“. Trotz Neutralität, trotz Ablehnung eines Berufsheeres per Volksbegehren vor bald 4 Jahren. Weil das alles eben nicht mit der österreichischen Neutralität vereinbar ist, nennt Doskozil diese neue Militärstrategie „interessensgeleitete Neutralitätspolitik“, zu der auch die FP applaudiert. Dafür wird viel Geld ausgegeben, das im Sozialbereich verweigert wird. Welch eine Augenauswischerei: Dahinter verstecken sich Einsätze auch österreichischer Soldaten für Kriegsvorbereitung oder Kriegseinsätze an der Seite der EU, der NATO bzw. unter Deutschlands Kommando. Das ist neutralitätswidrig und Landesverrat.

Die einzige Wahl

Ziviler Widerstand, außerparlamentarische Opposition von unten ist dringend nötig.

In unserer letzten Ausgabe haben wir noch vor Beschluss der Wiederholung der Bundespräsidentenwahl durch den Verfassungsgerichtshof (VfGH) geschrieben, dass „nach der Wahl vor der Wahl“ sei und den Schluss gezogen, dass es einen Rechtsruck gibt, dem es entgegenzuwirken gelte. Die Ereignisse seither bestätigt leider in erschreckender Weise diese Rechtsentwicklung von oben.

- Der VfGH gibt einer Wahl-anfechtung statt obwohl es keine Wahlmanipulation gab. Das kommt einem Zurückweichen der bürgerlichen Institutionen vor den Rechten gleich und zeigt: die Beschwichtigung der Rechten wirkt nicht, macht sie nur noch frecher – siehe die Entwicklung seit Juli.
- Der blaue Kandidat Hofer weiß schon im Vorhinein, dass bei den Wahlkarten „immer ein bisserl eigenartig ausgezählt“ wird – behoben hat die FP diesen Missstand nicht bei früheren Wahlen (wenn es „immer“ schon so war!), sondern erst jetzt beeinsprucht, wo sie knapp verlor. Nach dem 1. Wahlgang gab es für Hofer, als er noch voran lag, keine Unregelmäßigkeiten.
- Die Vorgangsweise FP-Hofers, der sich gerne als „volksnah“ gibt, erinnert stark an die Versuche der Herrschenden nach dem Atom-Nein, so lange abstimmen lassen zu wollen, bis das Ergebnis passt, ein Ja herauskommt. So eine Vorgehensweise wird von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt.
- Van der Bellen wiederum zieht nach alter Manier als „kleineres Übel“ durchs Land. Die FP kritisiert er weniger wegen deren rechter Politik, sondern vor allem, weil die gegen die

EU sei – was aber gar nicht stimmt. Bloß Van der Bellen zu wählen und sonst nichts zu tun, hilft nicht gegen die Rechten.

- Die SPÖ wechselt den Kanzler aus. Kern redet ein bisschen „links“ und handelt noch mehr rechts als Faymann zuvor. Mit Doskozil rückt die SPÖ ganz bewusst nach rechts, hin zur FPÖ. ÖVP und SPÖ wetteifern darum, wer die „bessere“ FP sei. Ekelig und brandgefährlich für die arbeitenden Menschen.
- Dass 64% der Österreicher FP-Hofer nicht gewählt haben (36% Van der Bellen, 28% Nichtwähler), wird weder von der Regierung, noch von der Opposition, noch von den Medien, aber auch nicht von so manchen „Linken“ erwähnt. Warum? So passt es für die Propaganda, dass „die Österreicher“ „so rechts“ seien und man aber „dem Wählerwillen“ entsprechen müsse. Sehr bequem für die rechte Unterdrückungs-, Sozial- und Demokratieabbau-Politik im Interesse des Kapitals, wird sie doch sowohl von der Regierung als auch von Opposition und Medien als von der Bevölkerung selbst gewollt hingestellt!
- Schon unter den Ministern Mikl-Leitner und Klug, jetzt noch dreister unter Sobotka und Doskozil erfolgt die Militarisierung Österreichs, werden Polizei und Heer quasi zusammengeführt („Sicherheitskabinett“), sind dafür im Budget 2017 zusätzlich 1,3 Mrd. Euro da, Geld, das im Sozialbereich (Bildung, Arbeit, Mindestsicherung, Pensionen, Asyl, usw.) verweigert wird.
- Die Hypo-Heta-Gläubiger bekommen auf Kosten der Steuerzahler 90% der rd. 20 Spekulations-Milliarden zurück. Weder Regierung, noch Opposition ist wirklich dagegen: Besonders die FP-„Opposition“ (Hypo-Alpe-Adria Erfinder und Aus-

führer, die Haider-Strache-FP), dann die Regierungspartei ÖVP (Ex-Minister Prölls Verstaatlichung der Hypo-Alpe-Adria) unter Duldung der SPÖ-Kanzlerregierungspartei, sind darin verwickelt.

- Die wirklichen Ursachen für den voll berechtigten Unmut in der Bevölkerung – die hohe Arbeitslosigkeit, die schnell steigenden Lebenshaltungskosten, die zunehmende Perspektivlosigkeit für die Jugend einerseits, die hohen Profite für die Konzerne und Banken, die Schonung von Korruptionisten, Billarden Euro Verschiebung in „Steuerparadiesen“, die hochoffiziellen Milliardenbesuche an die Spekulanten andererseits – werden nicht bekämpft.
- Stattdessen werden die durch die USA- und EU-Kriege millionenfach in die Flucht geschlagenen Menschen als Vorwand für Sozial- und Demokratieabbau genommen und zu Sündenböcken gestempelt.
- Damit lenken die Herrschenden von der Profitwirtschaft ab. Sie brauchen immer mehr Ausbeutung und Krieg zur Profitmaximierung.

Dieser Rechtsruck, der Sozial- und Demokratieabbau, die Aufrüstung und Militarisierung gehen von oben aus, von den Herrschenden in Industrie, Konzernen, Politik und ihren jeweiligen Medien aus – egal ob von Regierungs- oder in der Oppositionsseite.

Überlassen wir die Sammlung und Organisation des Unmuts nicht den Rechten und den Scheinlinken in den etablierten Regierungs- oder Oppositions-Parteien, die allesamt als Drahtzieher die Profitinteressen der Konzerne, Banken und ihrer Medien im Hintergrund haben. Organisieren wir uns selbständig und gemeinsam!

**Siehe dazu die
EINLADUNG zur Veranstaltung
auf der letzten Seite.**

Syrien:

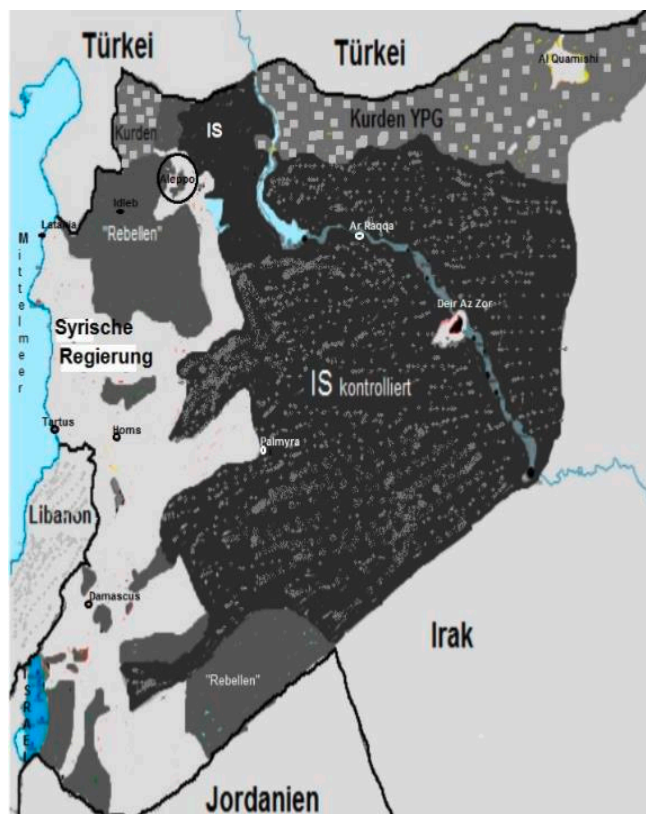
Die USA haben schon Teilungsplan

Die CIA-Denkfabrik RAND Corporation hat Ende 2015 einen Teilungsplan für Syrien veröffentlicht.

Laut der türkischen Zeitung Yeni Safak (Febr. 2016) haben die USA bereits einen Teilungsplan für Syrien, der dem Plan der RAND Corporation sehr ähnelt.

Syrien soll in drei aber faktisch in fünf Teile, gespalten werden. Zwei Teile sollen die Kurden, zwei Teile sollen die sog. „moderaten Rebellen“, einen großen Teil der IS behalten. Ein Gebiet würde der syrischen Regierung bleiben. Der Bericht ist mehrfach „pikant“.

1. Laut diesem Plan der USA sollen die IS-Gebiete im Osten Syriens nicht von der Teilung des Landes betroffen sein. Diese würden nach dem US-Plan weiterhin bestehen bleiben, um von der Terror-Miliz kontrolliert zu werden. Der ölfreiche Osten Syriens war zuvor syrisches Staatsgebiet, das mehrheitlich von sunnitischen Arabern bewohnt wurde. Diese wurden vom IS mehrheitlich vertrieben. Die USA will dem IS große Gebiete überlassen. So sieht „Terrorbekämpfung made in USA“ aus! (<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/02/29/teilungsplan-syrien-usa-will-gebiete-isis-ueberlassen>).



Das heißt, nichts wird es mit der Bekämpfung der IS-Söldner durch die USA. Das war ja auch nicht zu erwarten, haben die USA die IS doch geschaffen, um sie u.a. zur Zerstörung und Zerteilung Syriens einzusetzen. Im Übrigen wird in der Erklärung zum Teilungsplan der IS als ausländische Macht („foreign force“) angeführt.

2. fällt auf, dass im US-Teilungsplan für Syrien wieder einmal von „moderaten Rebellen“ die Rede ist. Das auf der Karte im Norden rund um Idlib mit „Rebellen“ bezeichnete Gebiet wird von Islamisten, die sich Al-Qaida/Al Nusra/ Fatah al Sham und FSA (freie Syrische Armee) nennen, beherrscht, es sind vom Westen bezahlte Söldner. Diese Truppen haben auch einen Teil von Aleppo besetzt, um den derzeit so erbittert gekämpft wird. Auf der Karte werden diese Gruppen als Mixed rebels/Jihads (=gemischt Rebellen /Djihad = Islamisten) bezeichnet. Es gibt keine „moderaten Rebellen“. „Die Milizen in Aleppo sind

der Definition nach Rebellen, insofern sie gegen die offizielle Regierung kämpfen. Moderate Kräfte, wie der Begriff unter Umständen suggeriert, sind jedoch keine mehr darunter...“ (Kurier 11.8. 2016)

Dazu sagte der republikanische Präsidentschaftsbewerber Ted Cruz in den USA: „Moderate Rebellen sind wie lila Einhörner - sie existieren nicht.“ (Telepolis 16.12. 2015) Und auch US-Präsident Obama gab dies zu: „Im August 2014 erzählte er dem NYT (New York Times)-Kolumnisten Thomas Friedman, dass Vertrauen in „gemäßigte“ Rebellen eine „Fantasie“ sei, das sei als brauchbare Strategie nie „auf dem Tisch gelegen“ Das zitierte Ray Mc Govern, ein US-amerikanischer ehemaliger CIA-Offizier, der 27 Jahre für US-Präsidenten gearbeitet hat. (<http://www.free21.org/die-hoffnung-hinter-putins-syrienhilfe/> 9.10. 2015)

In Aleppo bzw. in der Provinz rund um Idlib kämpft vor allem die Al-

Nusra Front. Sie hieß früher Al Qaida. Zu Al Qaida hat Snowden schon Hillary Clinton zitiert, die vor Kongressabgeordneten sagte: „Wir haben Al Qaida geschaffen“.

Al Qaida/Al-Nusra hat sich vor kurzem in Dschabhat Fatah al-Sham unbenannt, um so den Geld- und Waffenfluss aus dem Westen zu erleichtern. Laut Washington Post (12.06.2015) gibt allein der CIA jährlich eine Milliarde Dollar für geheime Operationen in Syrien aus, für Geld und Waffen, andere US-Dienste und Stellen, z.B. das Pentagon, sponsern die sog. „Rebellen“ ebenso. Weiters kommen Geld und Waffen von den Golfmonarchien, der Türkei, Frankreich und Großbritannien. (Peter Schaber: Wer- wen? <https://www.washingtonpost.com/world/national-security/law-makers-move-to-curb-1-billion->) ...

... Vom Westen werden ja heute die sunnitischen Terrorakte (IS, Al Nusra) u.a. als Folge eines inner-syrischen Konflikts dargestellt, laut dem US- Journalisten Seymour

New Deal-Zug – ziemlich abgefahren

Anfang Juni hat Kern auf dem Kärntner SP-Parteitag viel Zuspruch für seine Ideen zur „Maschinensteuer“ und zur Arbeitszeitverkürzung (AZV) erhalten, weil das Kernforderungen von SPÖ und Gewerkschaften seit Anfang der 1980er Jahre sind. Schon damals forderte Sozialminister Dallinger die „Maschinensteuer“, heute eher unter „Wertschöpfungsbesteuerung“ bekannt und die Gewerkschaften forderten die 35-Stundenwoche.

Über 30 Jahre ist das nichts Wesentliches weitergegangen. Androsch, Vranitzky, Klima, Gusenbauer, Faymann gingen ins Land. Der Wirtschaft und den jeweiligen Herren Parteivorsitzenden bzw. Möchtegernvorsitzenden, die jedes Mal der Wirtschaft gaben und den ArbeitnehmerInnen nahmen, ging es gut, die Ex-Vorsitzenden bzw. Leider-Nein-Millionäre wurden dies spätestens nach ihrer Amtszeit und sind allesamt gut versorgt in der Wirtschaft tätig.

Anders die einfachen Mitglieder und Wähler der SPÖ. Von 700.000 Mitgliedern unter Kreisky bis heute auf 170.000 Mitglieder geschrumpft, sind sie von den Einkommen ihrer „Vertreter“ weiter entfernt als je zuvor.

Faymann wurde offiziell von den „Linken“ geputscht, damit etwas weitergehe. Mittlerweile blättert die smarte Fassade schon nach einem halben Jahr ab. Kern will nunmehr statt der „Maschinensteuer“ den Unternehmern eine neue Investitionsförderung zukommen lassen, also noch mehr Chance zur Rationalisierung, also Arbeitsplatzabbau.

Nun ist es ja so, das Sozialisten ja nicht um der Erwerbsarbeit willen so lange und so billig wie möglich arbeiten wollen wie sich das die Kapitalisten ja vorstellen und als Ausweg aus der Krise landauf, landab predigen. Das Klagelied, dass uns die Arbeit ausgeht, nutzen die Kapitalisten zu weiterem Lohn- und Arbeitshetze.

Es ist aber die Errungenschaft der durch die arbeitenden Menschen in Summe gesteigerten Wertschöpfung, dass für das gute Leben eigentlich nicht mehr so viel Erwerbsarbeit notwendig wäre. Generationen von SozialistInnen und GewerkschafterInnen haben dafür gekämpft, sind dafür ins Gefängnis geworfen oder unter den Nazis und Faschisten umgebracht worden.

Also höchste Zeit für AZV auf nicht nur 35 oder 20 Wochenstunden, nein sogar auf 10 Wochenstunden wären möglich – und zwar bei vollem Lohn- und Personalausgleich, weil der von den Menschen erwirtschaftete Reichtum so groß ist. Aber AZV bei vollem Lohn- und Personalausgleich und Wertschöpfungsbesteuerung dürfen nicht sein, weil dann der Reichtum einiger weniger (1% der Weltbevölkerung besitzen zusammen mehr als die restlichen 99% – Quelle: Oxfarm) diese zum Himmel schreiende Ungleichverteilung, die Profitwirtschaft insgesamt in Frage stellt.

Wer das erreichen will, muss solidarisch sein, muss kämpfen. Das will Kern nicht. Seine Welt ist nicht smart, sondern einfach schlicht. Bei der AZV präferiert er das ÖBB-Modell – sehr innovativ als Ex-ÖBB-Chef – nämlich, Überraschung: ohne vollen Lohnausgleich. Und wo nimmt er noch Anleihen? Bei der Metallergewerkschaft und den Privatangestellten der Elektroindustrie, wo AZV ohne vollen Lohnausgleich, aber mit „Freizeitoption“ den Unternehmern angedienert wurde. Für Besser- und Bestverdiener dieser Branchen, die vielleicht viele Überstunden haben, mag ein Lohn- und Gehaltsverzicht bzw. Abtausch in Freizeit verlockend sein. Viele haben das sowieso nicht angenommen. Aber die Gewerkschaft hat sich dadurch die Schneid

abkaufen lassen und das Tor zur einseitigen Flexibilisierung im Interesse der Unternehmer geöffnet. Für die Masse der Arbeitenden bedeutet AZV ohne vollen Lohn- und Personalausgleich entweder weniger Geld oder mehr Arbeitsdruck oder beides – wie z.B. im Handel, in der Pflege. Sofern nicht sowieso immer mehr Menschen ins Prekariat, in Scheinselbständigkeit mit noch niedrigeren Löhnen, oder gar in die Arbeitslosigkeit bzw. Mindestsicherung gedrängt werden, weil eben „die Wirtschaft“ den Hals nicht voll genug bekommen kann.

SPÖBB-Kanzlers Kern Antworten haben mit „New Deal“ nichts zu tun. Wenn das Programm von Kern und seinesgleichen, den Höchstverdienern und Besitzenden, „Arbeit für alle“ unter immer schlechter werdenden Rahmenbedingungen bis hin zur Selbstaussbeutung und Arbeiten in 4,- oder 2,5 oder gar 1,- Euro-Jobs heißt, na dann gute Nacht. Dann ist es zum Arbeitsdienst für alle, den Sobotka, Strache oder Hofer & Co. schon jetzt verlangen für „Ausländer“, „Mindestsicherer“ und Arbeitslose – die die Profitwirtschaft und die ihr hörige Politik erst hervorbringt – nicht mehr weit.

*Unterschriftenliste „Nein zu 12-Stunden Tag – egal in welcher Form“ – zum Herunterladen unter: prosv.akis.at –
Unterschriftensammlung*

Ich möchte die ÖSK-Informationen "Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

129/16

Einsenden an:
Österreichisches Solidaritätskomitee, Stiftgasse 8,
1070 Wien, oesolkom@gmx.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur
Unterstützung der arbeitenden Menschen“
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

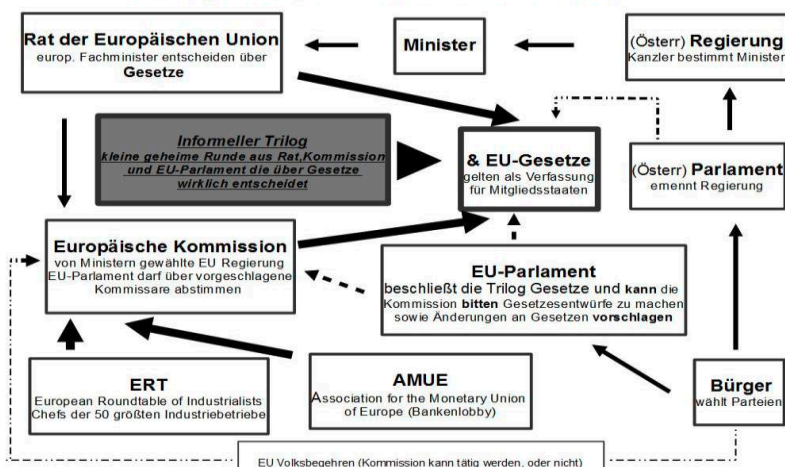
Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift
„Solidarität unsere Chance“ ist zu 100 % das „Öster-
reichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstüt-
zung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8, 1070
Wien.

Vorstand: W. Leisch, P. Düringer, H. Schmitz.
Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift
ist die des obgenannten Vereins.

Die EU, eine Anstalt für Untertanen

Das ZDF-Fernsehkabarett „Die Anstalt“ hat in seiner September Ausgabe die Entstehung von EU-Gesetzen zusammengefasst und damit aufgezeigt in welcher Anstalt wir Bürger in der sogenannten freien, demokratischen, westlichen Gesellschaft gehalten werden. Die folgende Übersicht entstammt dieser Folge.

CETA, TTIP, EU und UNTERtanen



Der kleine Bürger, ganz rechts unten (links/rechts hat hier keine Bedeutung, ganz unten ist wichtig) wählt Parteien für Parlamente. Schon von diesen Parteien steht nicht fest, ob sie seine Interessen, oder irgendwelche „höheren“ Interessen vertreten. Damit ist die Demokratie für ihn erledigt. Im lokalen Parlament wird dann eine Regierung ernannt und diese bestimmt Minister. Die Fachminister entscheiden im „Rat der Europäischen Union“ über Gesetze.

Da es ja vordringlich eine Wirtschaftsunion ist, gibt es schon seit der EG und der Gründung der EU nur zwei ganz wichtige Einrichtungen dafür: Den ERT, das sind die Chefs der 50 größten europäischen Industrieunternehmen und die AMUE, die europäische Bankenlobby. Von diesen beiden Interessenvertretungen kommen auch die Einführung des Euro oder die Lissabonverträge mit der automatisierten Steigerung der Ausgaben für Sicherheit, Verteidigung und Waffen. Der wesentliche Einfluss auf die EU Kommission und damit auf die EU-Gesetze wird von Großindustrie und Banken ausgeübt.

Die wirklichen Entscheidungen werden in einer Institution getroffen, die offiziell als Entscheidungsorgan gar nicht aufscheint – das ist der sogenannte Trilog. Hier trifft sich eine Runde aus Mitgliedern von Rat, Kommission und Parlament und entscheidet wirklich über die Gesetze. Das EU-Parlament darf diese Entscheidungen dann mit vorher abgesprochenen Mehrheiten beschließen.

Broschüre: „Kriegstreiber am Werk“ - ein Medium gegen den Krieg!

Anhand einer Fülle von Fakten und Zitaten zeigt die Broschüre die Interessen und Pläne der Kriegstreiber auf. Sie bietet eine Menge an Material für Argumentation und Diskussion und hilft, gemeinsam gegen die Kriegstreiber und für die Neutralität Österreichs aufzutreten.

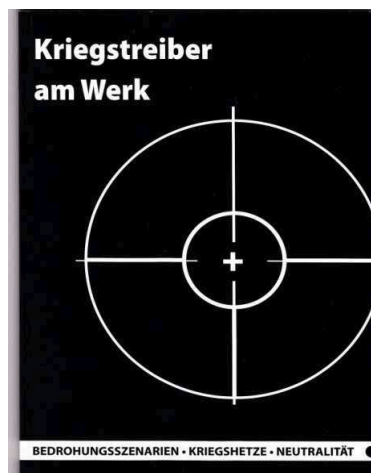
Bestellung unter: oesolkom@gmx.at

Einzelpreis: 4,80 € exkl. Porto.

Ab 10 Stück: 3,- €/Stk. exkl. Porto

Konto: Empfänger: W. Leisch / ÖSK

IBAN: AT98 6000 0000 7934 8267



Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen. Bestellungen und Einzahlungen, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch weiterhin benötigen.

Mit kollegialen Grüßen
Das ÖSK-Team

Spenden-Einzahlungen

Mit beiliegendem Zahlschein oder per Überweisung

EmpfängerIn: W. Leisch,
Verwendungszweck: ÖSK, Spende

BIC: OPSKATWW

IBAN: AT98 6000 0000 7934 8267

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee,
Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen,
Stiftgasse 8, 1070 Wien

ZVR 188951949

EINLADUNG

Diskussionsveranstaltung

CETA – WAHLEN – NEUTRALITÄT

Wie geht es weiter mit
Lebensstandard, Demokratie und Sicherheit?

Dienstag, 22. November 2016
19.00 Uhr

Amerlinghaus, 1. Stock, „Galerie“
Stiftgasse 8, 1070 Wien